

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	6. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	16. Dezember 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

**Punkt 18 der Tagesordnung: Weiterentwicklung Bonusprogramm Energetische Sanierung im Privatbereich**

**Vorlage: 2014/0254**

**dazu:**

**Änderungsantrag des Stadtrats Stefan Schmitt (pl) vom 15. Dezember 2014**

**Vorlage: 2014/0825**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss - die "Richtlinien zum Bonusprogramm Energetische Sanierung im Privatbereich" und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Vorlage: 2014/0254 (Verwaltungsvorlage): mehrheitlich zugestimmt

Vorlage: 2014/0825 (Änderungsantrag): mehrheitlich abgelehnt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und im Hauptausschuss.

**Stadtrat Schmitt (pl):** Bis zum Ende des Jahres müssen in Deutschland Millionen von Rauchmeldern in den Wohnungen installiert werden. Vor diesem Hintergrund ist es doch paradox, dass das Dämmen von Hausfassaden mit brennbarem Styropor weiter gefördert wird. Primäres Ziel muss es doch sein, Brände zu verhindern. Wenn der Rauchmelder anschlägt, ist das Kind ja schon im Brunnen. Nach der gültigen Baurichtlinie gilt Styropor als schwer entflammbar. Wie wir alle wissen hält sich das Styropor leider nicht an diese Baurechtlinie. Das haben auch die Bauminister der Länder vor kurzem erkannt und möchten deshalb die Brandschutzvorschriften verschärfen. Wir sollten uns daher nicht länger hinter einem realitätsfremden Bundesgesetz verstecken, wie die Verwaltung das jetzt vorschlägt, sondern für uns hier in Karlsruhe klipp und klar sagen, wir fördern den Einsatz von Styropor an Fassaden aus Sicherheitsgründen ab sofort nicht mehr.

Ich persönlich halte es für unverantwortlich, einem Bonusprogramm zuzustimmen, mit dem Materialien gefördert werden, die eine Gefahr für die Bürger dieser Stadt darstellen, und das vor dem Hintergrund, dass es eine Alternative gibt, die nicht nur sicher, sondern auch umweltverträglich ist. Die alten Styroporfassaden werden irgendwann Sondermüll sein, dessen Entsorgung mit hohen Kosten verbunden ist, und das mit hoher Wahrscheinlichkeit vor Ablauf der Amortisationszeit. Das heißt, dieses Wärmedämmsystem ist weder wirtschaftlich, noch ist es sicher. Damit entfällt jeder Grund für seine Förderung. Deshalb möchte ich Sie bitten, meinem Änderungsantrag zuzustimmen.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Das Bonusprogramm ist deswegen sinnvoll, weil es jetzt Erfahrungen gebracht hat. Der Änderungsantrag sollte nicht dazu führen, dass am eigentlichen Bonusprogramm etwas geändert wird.

**Stadtrat Dr. Fehler (SPD):** Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage so weit zu. Wir begrüßen grundsätzlich die Ausweitung des Programms, insbesondere auf Gebäude jüngeren Alters und auch auf die Möglichkeit der Förderung von Gebäuden, die teilweise gewerblich genutzt werden. Eine Weiterentwicklung beinhaltet für uns aber auch letztendlich die Prüfung des Programms hinsichtlich einer validen Nutzerbefragung durch KEK. Die Frage ist letztendlich, inwieweit die Nutzer des Programms ihre Entscheidung für oder gegen eine Sanierung von dieser zusätzlichen Förderung abhängig machen. Hier würden wir uns in Ergänzung zu der Vorlage eine weitere Prüfung wünschen.

(Beifall bei der SPD)

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Im Namen der grünen Fraktion möchte ich mich ganz herzlich bedanken für diese wirklich gelungene und zielorientierte Überarbeitung des Konzepts. Wie aus dem Karlsruher Klimaschutzbericht und auch dessen Fortschrittsberichten hervorgeht, gibt es in Karlsruhe noch ganz viel Potential für den Klimaschutz und insbesondere auch viel Potential für die energetische Gebäudesanierung im Privatbereich.

Wie auch aus der Bilanz hervorgeht, führten Investitionen von 640.000 Euro zu Sanierungsmaßnahmen in einer Größenordnung von 9 Mio. Euro. Das ist auch kommunale Wirtschaftsförderung, weil diese Investition größtenteils dem regionalen Mittelstand zugute kommt.

(Beifall bei **Stadtrat Konrad/GRÜNE**)

Wir von der grünen Fraktion hatten jetzt erst vor wenigen Monaten einen Antrag zu diesem Thema eingebracht. Wir freuen uns jetzt sehr, dass unsere Stellschrauben, die wir damals angeführt hatten, sich wirklich in der Weiterentwicklung wiederfinden. Hier sind zu nennen z. B. die Umverlagerung der Finanzierung, die Erhöhung des Gebäudealters für förderfähige Immobilien und auch die verstärkte Bewerbung. An diesem Punkt der verstärkten Bewerbung ist es uns sehr wichtig, das auch über Fachkreise hinaus zu gestalten, auch ins Private hineinzugehen und das deutlich stärker in der Bevölkerung bekanntzumachen, weil hier, wie gesagt, enorme Potentiale für den Klimaschutz in Karlsruhe zu finden sind.

Im AUG wurde uns eine sehr positive Stimmung signalisiert, das auch wirklich ins Private reinzutragen. Wir würden uns deswegen sehr freuen, das heute hier noch einmal bestätigt zu bekommen.

Jetzt zum Änderungsantrag von Herrn Schmitt. Ich habe mich in den letzten Tagen auch in Expertenrücksprache sehr stark mit diesem Thema befasst. Ich kann Ihnen versichern, in der Presse wird dieses Thema wahnsinnig hochgespielt. Da gibt es wirklich kaum Grund zur Sorge. Das kann ich Ihnen versichern. Die wenigen Fälle, bei denen Polystyrol im Brandfall beteiligt waren - es sind wirklich sehr wenige Fälle, es sind 0,025 Promille, nicht mal Prozent -, wurden sogar analysiert, jeder einzelne. Im hessischen Energiesparbericht wurde damals jeder einzelne Fall durchanalysiert. und in keinem dieser Fälle war Polystyrol wirklich ein entscheidender Einflussfaktor und schon gar keine Brandursache. Wenn Sie konsequent wären, müssten Sie sich auch einsetzen gegen Teppichböden, gegen Gardinen, gegen Sofas, die brennbar sind und wo auch noch Giftgase ausgedünstet werden bei der Verbrennung. Hier liegen wirklich die deutlich größeren Gefahrenpotentiale, wie von jeder Seite in Fachkreisen auch bestätigt wird. Da können wir natürlich auch nichts verbieten.

Das Argument Sondermüll ist fachlich überhaupt nicht nachzuvollziehen. Sie können ihre Dämmstoffe danach einfach in die Wertstofftonne schmeißen. Da ist überhaupt nichts mit Sondermüll. Nach neuen Richtlinien sind wirklich alle Giftstoffe ausgenommen und verboten. Also wirklich kompletter Schwachsinn, muss man an dieser Stelle sagen.

**(Der Vorsitzende:** Frau Mayer, das muss ich rügen. Wir tauschen uns hier nicht über Schwachsinn aus.)

- Okay, ich nehme es zurück. Also sehr fragwürdig - mit neuer Wortwahl.

Bei Polystyrol muss man auch sagen, dass es eine sehr günstige Möglichkeit ist zur energetischen Gebäudesanierung, im Schnitt gut 15 % günstiger als nicht trennbare Stoffe. Wenn wir solche Stoffe wie Polystyrol verbieten, schaffen wir neue Hürden gegen die energetische Gebäudesanierung.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Wohlfeil (KULT):** Das Bundesprogramm Energetische Sanierung im Privatbereich ist ein wichtiger Beitrag der Stadt Karlsruhe zum Klimaschutz. Wir begrüßen die Reflektion und die Verbesserungsvorschläge, um zukünftig noch besser lokal an der Bewältigung der globalen Herausforderung des Klimawandels mitwirken zu können.

Mit den vorgenommenen Änderungen in der Weiterentwicklung wird der Kreis der förderungsfähigen Sanierung erweitert, und die bürokratischen Hürden werden abgebaut. Daher stimmen wir für die Vorlage.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Die Vorlage ist einfach nicht korrekt. Ich fange mal da an. Auf Seite 5 steht, bei größeren Mehrfamilienhäusern stehe der maximale Zuschuss zur Verfügung. Mehrfamilienhäuser dürften normalerweise nicht gefördert werden, weil sie an

der Steuer abgesetzt werden können. Es ist quasi eine Doppelförderung, und das geht schon gar nicht. Da können wir absolut nicht zustimmen. Dass Privathäuser, Einfamilienhäuser, endlich von der Stadt gefördert werden, ist absolut richtig, nachdem die Länder blockiert haben bei der letzten Bundesregierung, die wollte das steuerlich absetzbar machen, dass auch Privathäuser gefördert werden können. Die Landesregierungen, die Länderkammern, überwiegend unter Rot-Grün, hat leider abgesagt, da sie Angst hatten, finanzielle Ausfälle zu haben.

Kollegin Maier hat schon erläutert, welches Potential dahinter steckt: Sparmaßnahmen, Umwelt, Gewerbesteuer, Einkommensteuer usw. Es ist ein Riesenpotential bei der Wärmedämmung für die lokalen Handwerker vertreten, deswegen sind wir absolut dafür, dass das hier gefördert wird, aber nicht Mehrfamilienhäuser. Zudem steht in der Vorlage keine Laufzeit drin. Wie lange läuft das Programm? Wenn die Länderkammern sich das anders überlegen, dass man das steuerlich absetzen kann, dürfte diese Vorlage eigentlich nicht mehr gelten, wäre damit ad acta zu legen und wäre damit ausgelaufen. Wir können dem also nur gesplittet zustimmen, also nicht für Mehrfamilienhäuser, sondern nur für Einfamilienhäuser. Ansonsten sind wir für die Vorlage dankbar.

(Beifall bei der FDP)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Jetzt ist eine schöne Diskussion entbrannt. Ich habe mich natürlich auch in der Presse informiert und für die Kollegin Mayer einen Ausschnitt aus dem „Spiegel“ mit der Titelüberschrift „Die Volksverdämmung Energiewende - wie Bürger, Vermieter, Hausbesitzer um Milliarden betrogen werden“. Leider ist es tatsächlich so, dass nicht alles ideal ist. Kollege Schmitt hat ja darauf hingewiesen. Natürlich ist sehr viel Potential drin, natürlich sehr viel Potential für den Fachhandel, sehr viel Potential auch für den Einzelhandel, aber es sind auch kritische Töne zu hinterfragen, was die Sicherheit betrifft. Dieser Artikel ist sehr interessant. Ich hatte auch beim letzten Mal, als es um das Thema ging, in einem Ergänzungsantrag darum gebeten, bitte die Wirtschaftlichkeitsberechnung aufzunehmen, damit Privatleute überhaupt feststellen können, ob sich eine Dämmung für sie in den nächsten Jahren lohnt, denn wir wissen alle, Dämmstoffe halten nicht ewig.

Ich werde mich deshalb bei diesem Förderprogramm - übrigens hat der Kollege Jooß recht mit der doppelten Vergünstigung - dem anschließen und werde auch aus Gewissensgründen dem Antrag von Herrn Schmitt zustimmen, denn ich bin selber Zeuge eines solchen Brandes bei uns in Durlach geworden. Ich sehe die Gefahr. Für die Kollegin hier dieser hochinteressante Artikel, denn nicht alles glänzt, was Gold ist.

(Zuruf **Stadträtin Mayer/GRÜNE**)

**Stadtrat Jooß (FDP):** Noch eine Ergänzung zu dem Zusatzantrag. Ich habe auch selber kräftig gedämmt und hatte dann den Chef der Feuerwehr bei mir, der nicht weit weg war, der jetzt leider nach Duisburg gegangen ist. Der hat mir gesagt, Herr Jooß, machen Sie schnellstens die Fassade mit Putz zu. Es ist nämlich nicht ganz ungefährlich, vor allen Dingen bei höheren Häusern, mit der Brandgefahr. Die Entsorgung ist noch mal ein anderes Problem. Außerdem möchte ich beantragen, dass wir getrennt abstimmen für Mehrfamilienhäuser und für Einfamilienhäuser.

**Der Vorsitzende:** Wir sehen keine Möglichkeit, eine solche Vorlage zu machen und zu sagen, dies gibt es nur für Einfamilienhäuser oder nur für Mehrfamilienhäuser, mal davon abgesehen, dass Sie in Ihrer Logik, Herr Stadtrat Jooß, dann auch die Einfamilienhäuser wiederum rausnehmen müssten, die weitervermietet sind, denn für die gilt dann die steuerliche Doppelförderung genauso, wie sie Mehrfamilienhäuser haben, die trotzdem vielleicht nur von einer Familie genutzt werden und nicht weitervermietet werden. Dann gibt es auch wieder Schwierigkeiten. Ich kann Ihren Änderungsantrag hier so nicht aufnehmen. Ich würde die gesamte Vorlage zur Abstimmung stellen, und dann müssen Sie eben ablehnen und wir müssen einen erneuten Anlauf nehmen, falls es abgelehnt wird, wie wir dann trotzdem diese Sache weitertreiben.

Die zweite Bemerkung ist, wir würden Ihnen vorschlagen, den Antrag von Herrn Stadtrat Schmitt abzulehnen. Wir sollten als Stadt nicht in diese Fachdiskussion einsteigen, welche Brandschutzregularien gelten denn welches Material. Das wird auf anderer Ebene entschieden. Man kann mit den Entscheidungen zufrieden oder nicht zufrieden sein. Wir sehen keinen Sinn darin, jetzt den Bauherren vorzuschreiben, mit welchem Material sie diese Dämmung vornehmen, wenn es grundsätzlich möglich ist, mit diesem Material zu dämmen. Dass da einzelne Feuerwehrfachleute anderer Meinung sind, ist dann auf anderer Ebene zu klären, aber nicht hier im Karlsruher Gemeinderat.

Jetzt rufe ich auf den Änderungsantrag des Herrn Stadtrat Schmitt und bitte um das Kartenzeichen. - Hier gibt es 1 Zustimmung auf der linken Seite, 6 Zustimmungen auf der rechten Seite. Bei 7 Zustimmungen mehrheitlich abgelehnt.

Dann steht die unveränderte Vorlage hier zur Abstimmung. - Bei 7 Gegenstimmen dann mehrheitlich so angenommen.

Zur Beurkundung:  
Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
27. Januar 2015